

SP-Initiative gegen degressive Steuern

Mit einer Volksinitiative will die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) Auswüchse im Steuerwettbewerb bekämpfen und insbesondere degressive Steuern verunmöglichen. Die Aktion Finanzplatz Schweiz unterstützt diese Initiative und fordert weitergehende Massnahmen, die auch den Entwicklungsländern zugute kämen.

Die Initiative der SP verlangt, dass für alleinstehende Personen mit einem steuerbaren Einkommen über 250'000 Franken ein einheitlicher kantonaler und kommunaler Steuersatz von mindestens 22 % gilt (für gemeinsam veranlagte Paare kann der Betrag erhöht werden). Auf diese Weise würde es unmöglich, hohe Einkommen tiefer zu besteuern. Des weiteren sollen Vermögen über zwei Millionen Franken mit mindestens fünf Promille besteuert werden.

Die Annahme dieser Initiative würde eine Harmonisierung der Steuern bei hohem Einkommen bewirken und dem überbordenden Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen einen Riegel schieben. Umstrittene Steuerprivilegien wie die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer oder die weitgehende Steuerbefreiung für Beteiligungsholdings würden mit dieser Initiative aber nicht beseitigt.

Auch ein anderes für die Aktion Finanzplatz Schweiz zentrales Problem bleibt vorderhand ungelöst: Ausländische Steuerhinterzieher, die ihr Geld bei Schweizer Banken anlegen, haben nichts zu befürchten, denn bei uns gilt Steuerhinterziehung nicht als Straftat. Deshalb leistet die Schweiz in solchen Fällen keine Rechts- und Amtshilfe. Sie fördert damit die internationale Kapital- und Steuerflucht, worunter besonders die Entwicklungsländer leiden.

Auch in der aktuellen Steuersdiskussion ist die Aufhebung des Bankgeheimnisses bei Verdacht auf Steuerhinterziehung kein Thema. Stattdessen sorgt man sich um den Zusammenhalt der Schweiz, wenn die Kantone einander die reichen Steuerzahler abjagen und tritt der Kritik der EU an der Schweizer Steuerpolitik mit der altbekannten Wagenburgmentalität entgegen.

In welche Richtung einige bürgerliche Kreise in der Schweiz am liebsten gehen würden, haben jüngst die Delegierten der FDP Schweiz gezeigt. Sie wollen die direkte Bundessteuer

abschaffen und dafür die Mehrwertsteuer anheben. Davon würden vor allem die Reichen profitieren, während die ärmeren Haushalte über den Konsum stärker belastet würden.

(aro)